

VG München

Urteil vom 8.2.2008

Tenor

I. Der Bescheid des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge vom ... Juli 2007 wird aufgehoben. Die Beklagte wird verpflichtet, festzustellen, dass die Voraussetzungen des § 60 Abs. 1 AufenthG vorliegen.

II. Die Beklagte trägt die Kosten des Verfahrens.

III. Die Kostenentscheidung ist vorläufig vollstreckbar. Die Beklagte darf die Vollstreckung durch Sicherheitsleistung oder Hinterlegung in Höhe des zu vollstreckenden Betrages abwenden, wenn nicht der Kläger vorher Sicherheit in gleicher Höhe leistet.

Tatbestand

Der Kläger ist irakischer Staatsangehöriger kurdischer Volkszugehörigkeit und sunnitischen Glaubens. Er stellte im November 2003 einen Asylantrag. Das damalige Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge lehnte mit bestandskräftig gewordenem Bescheid vom ... Februar 2004 den klägerischen Antrag auf Anerkennung als Asylberechtigter ab und stellte gleichzeitig fest, dass weder die Voraussetzungen des § 51 Abs. 1 Ausländergesetz (AuslG) noch Abschiebungshindernisse nach § 53 AuslG hinsichtlich des Irak vorliegen. Die Abschiebung in den Irak wurde angedroht. Wegen der Einzelheiten wird auf die Begründung des Bescheids Bezug genommen (Bl. 43 ff. Bundesamtsakte Asylverfahren).

Am 2. Juli 2007 stellte der Kläger einen Antrag auf Durchführung eines weiteren Asylverfahrens (Folgeantrag), den das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bundesamt) mit Bescheid vom ... Juli 2007 ablehnte. Wegen der Einzelheiten wird auf die Begründung des Bescheids Bezug genommen (Bl. 35 ff. Bundesamtsakte Folgeverfahren).

Mit Schriftsatz vom 10. August 2007 erhob der Kläger Klage beim Bayerischen Verwaltungsgericht München und ließ zuletzt sinngemäß beantragen:

Die Beklagte wird unter Aufhebung des Bescheids des Bundesamts vom ... Juli 2007 verpflichtet, festzustellen, dass die Voraussetzungen des § 60 Abs. 1 AufenthG vorliegen, hilfsweise, dass ein Abschiebungsverbot nach § 60 Abs. 7 AufenthG hinsichtlich des Irak vorliegt.

Zur Begründung wurde auf die dem Kläger drohende Blutrache sowie auf die veränderte Sicherheitslage im Irak verwiesen.

Die Beklagte beantragte,

die Klage abzuweisen.

Mit Beschluss vom 7. Januar 2008 wurde der Rechtsstreit zur Entscheidung auf den Einzelrichter übertragen (§ 76 Abs. 1 AsylVfG).

Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf den Inhalt der Gerichtsakte und der vorgelegten Behördenakten Bezug genommen.

#### Entscheidungsgründe

Die zulässige Klage ist begründet. Der angefochtene Bescheid des Bundesamtes ist rechtswidrig und verletzt den Kläger in seinen Rechten (§ 113 Abs. 1 und 5 VwGO). Der Kläger hat Anspruch auf Feststellung, dass die Voraussetzungen des § 60 Abs. 1 AufenthG vorliegen.

Diesem Anspruch steht nicht entgegen, dass der frühere Asylantrag des Klägers unanfechtbar abgelehnt wurde. Denn der Kläger beruft sich im streitgegenständlichen Verfahren zu Recht auf eine nachträgliche Änderung der Sachlage, die er zu keinem früheren Zeitpunkt geltend machen konnte (§ 71 Abs. 1 AsylVfG i. V. m. § 51 Abs. 1 bis 3 VwVfG) und die nunmehr eine für den Kläger günstigere Entscheidung erforderlich macht. Dem Kläger droht gegenwärtig – abweichend von der früheren Entscheidung des Bundesamtes – mit beachtlicher Wahrscheinlichkeit Verfolgung im Sinne des § 60 Abs. 1 AufenthG.

Nach Maßgabe dieser Bestimmung in der nunmehr geltenden Fassung des Änderungsgesetzes vom 19. August 2007 (BGBl. I S. 1970) darf ein Ausländer in Anwendung des Abkommens vom 28. Juli 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge (BGBl. 1953 II S. 559 = Genfer Flüchtlingskonvention) nicht in einen Staat abgeschoben werden, in dem sein Leben oder seine Freiheit wegen seiner Rasse, Religion, Staatsangehörigkeit, seiner Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen seiner politischen Überzeugung bedroht ist (§ 60 Abs. 1 Satz 1 AufenthG). Eine Verfolgung in diesem Sinne kann dabei – abweichend von der früheren Regelung des § 51 AuslG, die Schutz nur bei staatlicher oder „mittelbarer staatlicher“ oder „quasi-staatlicher“ Verfolgung (zu diesen Begriffen vgl. Reinhard Marx, Kommentar zum AsylVfG, 6. Aufl., Rdn. 21 ff. zu § 1) gewährte – ausgehen von

a) dem Staat,  
b) Parteien oder Organisationen, die den Staat oder wesentliche Teile des Staatsgebiets beherrschen, oder

c) nichtstaatlichen Akteuren, sofern die unter den Buchstaben a) und b) genannten Akteure einschließlich internationaler Organisationen erwiesenermaßen nicht in der Lage oder nicht willens

sind, Schutz vor der Verfolgung zu bieten, und dies unabhängig davon, ob in dem Land eine staatliche Herrschaftsmacht vorhanden ist oder nicht, es sei denn, es besteht eine innerstaatliche Fluchtalternative (§ 60 Abs. 1 Satz 4 AufenthG).

Die Ausweitung des Kreises möglicher Verfolger auf nichtstaatliche Akteure, die schon nach dem Wortlaut des § 60 Abs. 1 Satz 4 Buchst. c) AufenthG alle nichtstaatlichen Akteure ohne Einschränkung, namentlich also auch Einzelpersonen, umfasst, führt zu einer erheblichen Ausdehnung des Anwendungsbereiches der Vorschrift. Die Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft kommt für Ausländer, die von Verfolgungshandlungen im Sinne des § 60 Abs. 1 Satz 1 AufenthG bedroht sind, nunmehr auch dann in Betracht, wenn diese Verfolgungshandlungen etwa im Rahmen bürgerkriegsähnlicher Auseinandersetzungen durch „private“ Dritte begangen werden. Derartige Verfolgungshandlungen sind nach dem nunmehr geltenden Recht keine „allgemeinen“ Gefahren mehr, die im Herkunftsstaat jedermann drohen können und nach früherem Recht allein keine Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft gerechtfertigt hätten.

Die Gefahr einer Verfolgung im Sinne von § 60 Abs. 1 Satz 1 AufenthG kann sich nicht nur aus gegen die betroffene Person selbst gerichteten Maßnahmen ergeben (anlassgeprägte Einzelverfolgung), sondern auch aus gegen Dritte gerichtete Maßnahmen, wenn diese Dritten wegen eines für die Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft erheblichen Merkmals verfolgt werden, das die betroffene Person mit ihnen teilt und sie sich mit ihnen in einer nach Ort, Zeit und Wiederholungsträchtigkeit vergleichbaren Lage befindet (Gefahr der Gruppenverfolgung). Die Annahme einer alle Gruppenmitglieder erfassenden gruppengerichteten Verfolgung setzt allerdings eine bestimmte „Verfolgungsdichte“ voraus, welche die „Regelvermutung“ eigener Verfolgung rechtfertigt. Die Verfolgungshandlungen müssen dabei im Verfolgungszeitraum und Verfolgungsgebiet auf alle sich dort aufhaltenden Gruppenmitglieder zielen und sich in quantitativer und qualitativer Hinsicht so ausweiten, wiederholen und um sich greifen, dass daraus für jeden Gruppenangehörigen nicht nur die Möglichkeit, sondern ohne weiteres die aktuelle Gefahr eigener Betroffenheit entsteht (vgl. BVerwG vom 18.7.2006 a. a. O.).

Die Erkenntnismittel, die Gegenstand des gerichtlichen Verfahrens sind, sowie allgemein zugängliche Medienberichte belegen, dass dem Kläger – wie anderen Irakern gleicher Volks- und Glaubenszugehörigkeit auch – mit beachtlicher Wahrscheinlichkeit (zur Anwendung dieses Prognosemaßstabes vgl. BVerwG vom 18.7.2006 DVBl. 2006, 1512 ff.) die Gefahr der Gruppenverfolgung durch nichtstaatliche Akteure im oben genannten Sinne droht, die im Wesentlichen an ihre Religion und Rasse (dieser Begriff umfasst auch die Herkunft und Zugehörigkeit zu einer bestimmten ethnischen Gruppe, vgl. § 60 Abs. 1 Satz 5 AufenthG i. V. m. Art. 10 Abs. 1 Buchst. a) der Richtlinie 2004/83/EG des Rates vom 29. April 2004, ABl. EU Nr. L 304 S.12) anknüpft. Weder der irakische Staat noch Parteien oder Organisationen im Sinne von § 60 Abs. 1 Satz 1 Buchst. a) und b) AufenthG noch internationale Organisationen sind erwiesenermaßen in der Lage oder willens, gegen diese Verfolgung Schutz zu bieten. Für den Kläger gibt es keine innerstaatliche Fluchtalternative.

Die Lage im Irak ist durch ungezählte terroristische Anschläge, bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzungen und offene Kampfhandlungen gekennzeichnet. Seit Beginn des Einmarsches der US-Truppen im März 2003 sind allein bis zum Juni 2006 schätzungsweise 150.000 Iraker eines gewaltsamen

Todes gestorben. Diese Angaben beruhen auf einer Studie, die gemeinsam von der WHO und der irakischen Regierung erstellt und zu Beginn des Jahres 2008 veröffentlicht wurde. Grundlage der Studie sind Befragungen von etwa 10.000 Haushalten im ganzen Land. Allerdings konnten die Interviewer des irakischen Gesundheitsministeriums nicht zu allen gewünschten Haushalten gelangen, weil die massiven Sicherheitsrisiken sie daran hinderten (Handelsblatt vom 10. Januar 2008 S.6).

Der aktuelle Bericht des Auswärtigen Amtes über die asyl- und abschiebungsrelevante Lage in der Republik Irak vom 19. Oktober 2007 – Lagebericht – führt im Einzelnen aus, dass nach Angaben der Vereinten Nationen im Laufe des Jahres 2006 etwa 70.000 Zivilisten eines gewaltsamen Todes gestorben oder verwundet wurden. Im ersten Halbjahr des Jahres 2007 kamen monatlich wiederum Tausende von Zivilisten bei Feueregefechten, Bombenanschlägen, Selbstmordattentaten oder gezielten Morden ums Leben (Lagebericht S. 4). Es herrscht ein durchgängiges Klima der Gewalt. Fast täglich werden landesweit Leichen auf Straßen oder unbebauten Grundstücken gefunden. Regelmäßig berichten Beobachter vom gewaltsamen Tod der Opfer sowie von Folterspuren (Lagebericht S. 25). Die Zahl sicherheitsrelevanter Vorfälle stieg seit dem Kriegsende 2003 kontinuierlich an. Sie liegt seit Ende 2006 bei durchschnittlich etwa 200 pro Tag (Lagebericht S. 4). Schätzungen zufolge befinden sich derzeit etwa 4,2 Mio. Iraker auf der Flucht, davon etwa die Hälfte als Binnenflüchtlinge innerhalb des Irak.

Ursache der verheerenden Sicherheitslage im Irak sind mehrere sich überlagernde und ineinander greifende Konflikte (Lagebericht S. 4): der Kampf der irakischen Regierung und der multinationalen Streitkräfte gegen Aufständische, Milizenkämpfe, Terroranschläge zumeist sunnitischer Islamisten sowie in zunehmendem Maße konfessionell-ethnische Auseinandersetzungen gerade auch zwischen den großen Bevölkerungsgruppen des Landes (arabische Sunniten, arabische Schiiten und Kurden). Die Zahl der Opfer religiös und ethnisch motivierter Gewalt stieg dabei nach dem Anschlag auf die schiitische Askariya-Moschee in Samarra am 22. Februar 2006 landesweit an (Lagebericht S. 14). In Reaktion auf diesen Anschlag sollen bis zu 100 sunnitische Moscheen beschädigt worden sein. Auch die Anschlagsserie im schiitischen Armenviertel Bagdads, Sadr-City, am 23. November 2006 und das Attentat beim schiitischen Aschura-Fest im Januar 2007 verstärkten die Tendenz interkonfessioneller Auseinandersetzungen, die ein bisher nicht gekanntes Ausmaß an Gewalt erreicht haben (Lagebericht S. 4). Al-Qaida verfolgt im Irak die Strategie, mit gezielten Anschlägen auf die schiitische Bevölkerungsmehrheit ein Abgleiten des Landes in einen voll entwickelten Bürgerkrieg zu provozieren (Lagebericht S. 10). Die Organisation setzt vorwiegend auf extrem brutale terroristische Anschläge (Autobomben, Selbstmordattentate, Entführungen, gezielte Ermordungen, auch Enthauptungen). Diese Strategie, radikale und militante Gruppierungen zu wechselseitigen Verfolgungshandlungen gegenüber der Zivilbevölkerung zu motivieren, ist erfolgreich. Konfessionell motivierte Verbrechen wie Ermordungen, Folter und Entführungen von Angehörigen der jeweils anderen Glaubensrichtung (z. B. sog. „Pass-Morde“) ereignen sich landesweit (Lagebericht S. 14, 21).

Schwerpunkte gewalttätiger Anschläge sind Bagdad und der Zentralirak. Auch im Nordirak und Südirak kommt es mittlerweile vermehrt zu Anschlägen mit schwersten Folgen. In den unter autonomer kurdischer Verwaltung stehenden Gebieten des Nordirak ist zwar die Wahrscheinlichkeit, durch einen Anschlag getötet zu werden, statistisch geringer als in Bagdad und im Zentralirak. Anschläge finden aber auch in dieser Region statt (Lagebericht S. 14). In den außerhalb der kurdischen

Autonomiezone liegenden Gebieten des Nordirak steigt die Zahl der Anschläge und der Todesopfer ebenfalls. Dort haben sich auch die Spannungen zwischen Kurden, Arabern und Turkmenen erheblich verschärft, so dass es immer wieder zu ethnisch motivierten Übergriffen und Anschlägen kommt (Lagebericht S. 14, 15, 21). Der schiitisch dominierte Südirak weist zwar ebenfalls eine geringere Anschlagdichte auf als der Zentralirak. Anschläge ereignen sich jedoch auch dort regelmäßig, wobei sich die Sicherheitslage seit dem zweiten Halbjahr 2005 kontinuierlich verschlechtert hat (Lagebericht S. 15). Der UNHCR vertritt die Auffassung, dass keine irakische Region als innerstaatliche Fluchtalternative angesehen werden kann (Lagebericht S. 23).

Der irakische Staat ist nach wie vor nicht in der Lage, seine Bürger vor der Gefahr, wegen der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Rasse oder Religion Opfer einer Gewalttat zu werden, zu schützen (Lagebericht S. 5, 20, 24). Die Einsetzbarkeit weiter Teile der irakischen Streit- und Polizeikräfte ist infolge kurzer Ausbildung, ungenügender Ausstattung und Korruption sehr begrenzt (Lagebericht S. 11). Verübte Gewalttaten bleiben daher zumeist straflos. Besonders problematisch ist die starke Unterwanderung der Polizei durch Aufständische und Milizen (Lagebericht S. 12). Im Zentralirak soll es sunnitischen Aufständischen immer wieder gelingen, sicherheitsrelevante Informationen aus den Reihen der Polizei zu erhalten, welche die Anschlagplanung sowie die Bestimmung von Fluchtwegen nach erfolgten Anschlägen erleichtern. Im Südirak sollen Berichten zufolge schiitische Milizen zumindest in Teilen die Sicherheitskräfte kontrollieren. Polizeibeamte sollen in vielen Fällen unmittelbar an der Planung und Durchführung von Terroranschlägen, Entführungen und gezielten Morden beteiligt sein (Lagebericht S. 12). Die irakische Regierung hat die Existenz sogenannter „Todesschwadronen“ zugegeben (Lagebericht S. 5, 26). Der Einfluss der in sich zerrissenen Regierung auf die tatsächliche Entwicklung im Land ist zudem äußerst gering; die Regierung ist nur ein Machtfaktor unter vielen (Lagebericht S. 9).

Parteien oder Organisationen im Sinne von § 60 Abs. 1 Satz 4 Buchst. b) AufenthG oder internationalen Organisationen ist es ebenfalls nicht möglich, Schutz zu bieten. Wiederholt wird berichtet, dass vermutlich mehrere tausend Iraker in inoffiziellen Gefängnissen von Milizen und Parteien festgehalten werden, in denen die Lage noch schlechter sein soll als in den offiziellen Gefängnissen (Lagebericht S. 5). Mitarbeiter von Menschenrechtsorganisationen sind häufig selbst unmittelbares Ziel von Terroranschlägen (Lagebericht S. 11).

Im Hinblick auf die im Irak zunehmenden offenen, bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen zwischen den Konfessionen (Lagebericht S. 21), bei denen sich die – der Öffentlichkeit ohnehin nur zu einem Bruchteil bekannt gewordenen – religiös und ethnisch motivierten Verfolgungshandlungen stetig wiederholen und ausweiten, besteht praktisch für jeden Iraker an jedem Ort und zu jeder Zeit die Gefahr, Opfer einer Gewalttat allein wegen der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Rasse oder Religion zu werden. Die Wahrscheinlichkeit hierfür ist angesichts der Brutalität und Häufigkeit der Anschläge, der hohen Zahl ziviler Opfer und der Willkürlichkeit ihrer Auswahl durch eine Vielzahl verschiedener radikaler und militanter Organisationen und Gruppierungen beachtlich. Auch wenn die „Schreckensmeldungen“ aus dem Irak derzeit weniger geworden sind (vgl. Handelsblatt vom 23. Januar 2008 S. 9), bleibt auf absehbare Zeit ungewiss, ob die Spirale der Gewalt im Irak ihren Höhepunkt bereits erreicht hat und die realistische Möglichkeit einer Stabilisierung der vollkommen

zerrütteten gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse in diesem Land besteht (vgl. Handelsblatt a. a. O.).

Eine inländische Fluchalternative gibt es für den Kläger wegen der landesweit drohenden Gewalttaten nicht. Auch in den unter kurdischer Autonomie stehenden Teilen des Nordirak ist die Sicherheitslage angespannt und sind extremistische Vereinigungen terroristisch aktiv (Lagebericht S. 11). Dem Kläger ist eine Rückkehr in seinen Heimatort – trotz bestehender verwandtschaftlicher Beziehungen – auch deshalb nicht möglich, weil er dort nach wie vor Blutrache zu befürchten hat, wie er bereits im Ausgangsverfahren und erneut im streitgegenständlichen Verfahren glaubhaft darlegte.

Die Klage hat nach alledem mit der Kostenfolge aus § 154 Abs. 1 VwGO Erfolg. Der Ausspruch über die vorläufige Vollstreckbarkeit der Kostenentscheidung stützt sich auf § 167 Abs. 2 VwGO i. V. m. §§ 708 ff. ZPO.